

Das Steuerbukett des Herrn Ribot.

Das Exposé, mit dem der französische Finanzminister seine Kreditforderungen für das dritte Vierteljahr 1916 und seine neuen Steuerpläne „begründet“, zeigt so recht, wie sehr die französischen Finanzen infolge des Krieges gelitten haben.

Was zunächst die Lage des Schatzes anbelangt, so beliefen sich dessen Barbestände für Frankreich und Algerien am 30. April d. J. auf 38 681 000 Fr. Dazu kamen an verfügbaren Geldern: in London 97 273 000 Fr., in New York 149 194 000 Fr.

Die Ansprüche der Verbündeten an die Franzosen haben auch in der Zeit vom 31. Dezember 1915 bis zum 30. April 1916 nicht nachgelassen. Ausser den Vorschüssen an Russland, die in Form von seitens der Bank von Frankreich diskontierten Bons getätigt werden, wurden 152 384 000 Fr. an Belgien, 5 000 000 Fr. an Serbien und 600 000 Fr. an Montenegro gezahlt.

Die für die verschiedenen Aufwendungen erforderlichen Mittel wurden im Wege der Ausgabe von Bons und Obligationen der Nationalen Verteidigung, durch die Emission von Renten, durch verschiedene Kreditvereinbarungen im Auslande und nicht zuletzt durch Inanspruchnahme der Bank von Frankreich beschafft. Die nach England und den Vereinigten Staaten gesandten Schatzwechsel beliefen sich am 30. April d. J. auf 1 079 416 000 Fr., was gegenüber dem 31. Dezember 1915 einer Abnahme um 85 276 000 Fr. entspricht. Der Betrag der Obligationen der Nationalen Verteidigung hat sich am 30. April auf 763 Millionen Franken (am 31. Dezember 1915: 632 Millionen) belaufen. Was die Rentenanleihe von 500 Millionen Dollar anbetrifft, so erbrachte sie 1243 Millionen, wovon 843 Millionen Franken seit dem 1. Januar d. J. eingegangen sind. Die famose „Siegesanleihe“ ergab in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres 845 Millionen, um die sich die bis zum 31. Dezember 1915 eingezahlten 10 967 Millionen erhöhen.

Während die Vorschüsse der Bank von Frankreich noch Ende 1915 nur 5 Milliarden Franken betragen hatten, waren sie bis zum 30. April d. J. bereits auf 7300 Millionen angewachsen. Die Vorschüsse der Bank von Algerien bezifferten sich zur gleichen Zeit auf 10 Millionen Franken.

Die Ausgabe von Obligationen der Nationalen Verteidigung, die während der Zeichnung auf die „Siegesanleihe“ (der Ausdruck „emprunt de la victoire“ wird aus naheliegenden Gründen schamhaft vermieden; an seine Stelle ist die anspruchslosere Bezeichnung „emprunt national“ getreten) unterbrochen worden war, wurde am 15. März d. J. wieder aufgenommen. Sie hat bis Ende April nur 133 Millionen erbracht. Kein Wunder, dass sich das französische Kapital lieber den langfristigen 5proz. Renten zuwendet, die zudem noch den Vorteil bieten, an der Börse notiert zu werden.

Das Exposé weist darauf hin, dass die Goldbestände der Bank von Frankreich am 11. Mai d. J. 4 715 Millionen Franken betragen, ungeachtet der bedeutenden Goldverschiffungen, deren Höhe seit dem 1. Januar 1915 1046 Millionen Franken erreicht hat.

Wenn dieser Teil des Exposé für den französischen Steuerzahler nur mehr ein akademisches Interesse hat, so kommt dem zweiten Teile, der von den neuen Steuern handelt, eine weit realere Bedeutung zu. Bei seinen Steuerplänen hat sich Herr Ribot von der Erwägung leiten lassen, die Besteuerung der „zur Existenz notwendigen Dinge“ zu vermeiden. Auch hat er von einer Erbschafts- und Vermögenskriegssteuer einstweilen abgesehen, weil man auf diese Reserven in der Zukunft zurückgreifen müsse. Von der erhöhten Grundsteuer wird ein Mehrertragnis im Betrage von 275 Millionen Franken erwartet. Die Einkommensteuer, die erst durch Gesetz vom 15. Juli 1914 eingeführt worden war, wird von zwei Prozent auf fünf Prozent erhöht. Bei einer Ertragsschätzung von 40 Millionen zum alten Satz würde dessen Steigerung auf 5 pCt. mit einer Zunahme um 60 Millionen gleichbedeutend sein. Die Abgaben auf Pferde, Wagen, Billards, Klubs und Vereine, Jagdscheine werden verdoppelt. Eine Hundesteuer wird neu eingeführt. Sonst sieht das Steuerbukett eine Erhöhung der Kuponsteuer vor, sowie eine Erweiterung der Tantiemesteuer, ferner eine Alkoholsteuer, nach welcher die Schänkgebühren auf 400 Fr. für den Hektoliter erhöht und die Privilegien der Branntweinbrenner — bezeichnenderweise nur für die Dauer des Krieges — aufgehoben werden sollen. Diese Steuer hatte in dem Friedensjahr 1913 noch 400 Millionen erbracht, war aber seither, infolge des Mangels an Alkohol, der Preissteigerung und der Abnahme des Konsums auf die Hälfte zurückgegangen. Der Minister erwartet von der Wirkung der neuen Maßnahmen ein Mehr von etwa 150 Millionen. Von sonstigen Steuern sei noch diejenige auf Weine, Obstweine und Biere genannt, die statt 70 Millionen nunmehr 235 Millionen erbringen sollen, die Tabaksteuer, von deren Erhöhung statt bisheriger 542 Millionen neuerdings 622 Millionen erwartet werden, schließlich die Zuckersteuer, deren Mehrertragnis auf 90 Millionen veranschlagt wird.

Im ganzen wird von den neuen fiskalischen Maßnahmen eine jährliche Mehreinnahme in Höhe von 907 Millionen Fr. erwartet, die sich auf 1092 Millionen erhöhen kann, falls die Steuerfähigkeit des Landes den vor dem Kriege eingenommenen Stand wieder erreicht. Die Verteilung der neuen Steuern ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

	Kriegsjahr:	Normales Jahr:
	(in Millionen Fr.)	
Direkte Steuern:	384	589
Kuponsteuer:	38	44
Indirekte Steuern:	485	459
	907	1092

Danach beträgt die Erhöhung der direkten Steuern und der Kuponsteuer annähernd die Hälfte (46,52 pCt.) der Gesamtheit der neuen Steuern, sodaß also die Hauptlast auf die kräftigeren Schultern gelegt wird.

Von diesem zweiten Teile des Ribotschen Exposé wird der französische Steuerzahler, den man aus begreiflichen Rücksichten bisher möglichst geschont hat, wenig erbaut sein. Dabei ist mit der Möglichkeit weiterer Steuerforderungen jederzeit zu rechnen. Hat doch der Finanzminister nachdrücklich betont, daß sich der Monatsdurchschnitt der Kriegskosten in der Zeit vom August bis Dezember 1914 auf 1400 Millionen, im Jahre 1915 auf 1868 Millionen belaufen hat, und daß es für die ersten neun Monate des laufenden Jahres auf 2610 Millionen Franken angewachsen ist. Mit weiteren Er-

höhungen ist bei noch längerer Dauer der Feindseligkeiten durchaus zu rechnen. Vielleicht wird das heftige Anziehen der Steuerschraube, zu dem sich Herr Ribot unter dem Druck der Verhältnisse doch nun endlich entschließen mußte, und die Aussicht auf weitere Ansprüche an die Steuerzahler dazu beitragen, die Friedenssehnsucht des französischen Volkes zu erhöhen. Denn in Geldsachen fängt bei den Franzosen die Gemütlichkeit erst gar nicht an. . . .